heit des Volkes liegt in der Erhaltung der Familie", sagt mit Recht der Reichswirtschafts- und Ernährungsminister Dr. Hugenberg. Demgemäß haben alle wirtschaftlichen Maßnahmen der kinderreichen Familie zu dienen. Dazu gehören die Bestrebungen, vor allem den Familienvätern bei der Arbeitsbeschaffung den Vorrang einzuräumen. Im alten System wurde das berufliche Fortkommen kinderreicher Familienväter oft geradezu gehindert. Bis herunter zu den Gemeinden soll diesem neuen Prinzip nunmehr bei Neueinstellungen Rechnung getragen werden. Zu den Maßnahmen zum Schutz der Familie gehört auch die Ermöglichung der Eheschließung durch das Ehestandsdarlehen und nicht zuletzt die Maßnahmen, die die Indienststellung von Hausgehilfinnen erleichtern. Im Werden sind die Vorschläge, die an anderer Stelle unseres Blattes, der sächsische Volksbildungsminister Dr. Hartnacke eingehend begründet und die darauf hinauslaufen, die Ausbildung der Kinder, die bisher die kinderreichen Familien so sehr belasteten, auf die Schultern der Kinderlosen und Kinderarmen abzuwälzen. Aehnliche Reformen werden auch steuerpolitisch angestrebt, da namentlich die indirekten Steuern auf Nahrungsmittel geradezu eine Bestrafung des Kinderreichtums bilden. Auf all diesen Gebieten wird die Aufnahme der behördlichen Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes unserer Nation durch die Bevölkerung der beste Prüfstein dafür sein, inwieweit der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wirklich innerstes und tiefstes Erlebnis aller Volksgenossen geworden ist.

Gewichtigste Gründe veranlassen die Regierung der nationalen Revolution der Frage der Zukunft unseres Volkes ihre ernsteste Aufmerksamkeit zu leihen. Zunächst darf nicht verkannt werden, daß gerade auch, so paradox es auf den ersten Blick scheinen mag, der Geburtenrückgang zu einer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes geführt hat. Denn der ungeheure Ausfall an Jugendlichen, die als Neukonsumenten keinen einzigen Arbeitsplatz beanspruchen, muß sich zerstörend auf dem Binnenmarkt auswirken. Dazu kommt, daß bei einer Ueberalterung unseres Volkes auch die sozialpolitische Gesetzgebung durch den Ausfall an Beiträgen bei zunehmender Beanspruchung durch die immer zahlreicher werdenden alten Jahrgänge auf das schwerste gefährdet wird und zum Teil bereits gefährdet ist. Besonders wichtig aber ist die außenpolitische Seite. Im Jahre 1810 waren von der Gesamtbevölkerung in Europa rund je ein Drittel Germanen, Romanen und Slawen. Heute beträgt der slawische Anteil bereits 45 Prozent. In ungefähr 20 Jahren werden bereits 51 Prozent dem Slawentum angehören. Das bedeutet eine völlige Zerstörung des bevölkerungspolitischen Gleichgewichts in Europa mit sehr gefährlichen geopolitischen Folgerungen. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur daran zu denken, daß infolge des Geburtenrückganges auch innerhalb Deutschlands eine Verschiebung des Schwergewichts der Bevölkerung von Osten nach Westen stattgefunden hat, und daß das diese Vorgänge genau beobachtende Ausland uns schon hieraus das moralische Recht auf Rückgabe unserer geraubten Ostprovinzen abstreiten möchte.

Zu all diesen Gesichtspunkten kommt als wichtigster, daß nicht allein rein zahlenmäßige Gründe, sondern ernste qualitative Probleme sich mit der drohenden Einschränkung der Familienkraft verbinden. Für die kulturelle Zukunft unseres Volkes ist der Tatbestand am bedenklichsten, daß die erbgesunden Familien sich am wenigsten stark fortpflanzen, während die degenerativen, asozialen und minderwertigen Gruppen eine noch erheblich stärkere Vermehrung aufweisen. Dieser Prozeß müßte bereits in wenigen Geschlechterfolgen eine völlige Umgestaltung des geistigen und moralischen Zustandes unseres Volkes nach der Seite des Verfalls zur Folge haben. Wenn hier die Regierung jetzt durch die Zwangssterilisierung der Minderwertigen eine drakonische Maßnahme durchzuführen entschlossen ist, so folgt sie einem einfachen Gebot des völkischen Selbsterhaltungstriebes gegen die Gefahr der Ueberwucherung der gesunden Bevölkerung durch die sich rascher vermehrende Zahl der kranken und degenerierten Elemente, die dem Staat bis jetzt viele Millionen für Krankenhäuser, Gefängnisse, Fürsorgeanstalten und Wiedergutmachung von wirtschaftlichen Schäden verursacht haben. Millionenlasten, die von der erbgesunden Bevölkerung aufgebracht werden mußten. Aus alledem ergibt sich, daß die nationale Revolution ihrer höchsten Aufgabe, dem deutschen Volk auch biologisch seine Zukunft zu sichern, nicht nachgekommen wäre, wenn sie nicht entschlossen die Wege zu freier Entfaltung erbgesunder kinderreicher Familien beschritten hätte. Das werden ihr erst kommende Generationen voll zu danken wissen.

Hausfrauenkundgebung für deutsche Fette

Eine Rede des Staatssekretärs v. Rohr

Berlin, 13. Juni. Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohr, hielt am Dienstagnachmittag auf einer Kundgebung für deutsche Fette, die von der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins veranstaltet wurde, einen Vortrag, in dem er die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung, insbesondere den Fettplan, erläuterte und ihre Notwendigkeit begründete. Der Redner wies nach, daß nicht eine Mehrerzeugung, sondern eine krankhafte Verschiebung der deutschen Landwirtschaftserzeugung zu der Not der deutschen Landwirtschaft geführt habe. Der Fettplan sei der erste Schlag gegen dieses Uebel. Der zweite Schlag gegen die Weltmarktkonkurrenz der Futtermittel sei vor wenigen Tagen erfolgt. Die nächste Maßnahme sei nun der Kampf um die bessere Versorgung mit Textilrohstoffen.

Es sei der Wille der Regierung, daß alle noch in Arbeit stehenden deutschen Menschen sich ganz von dem Margarineverbrauch abwendeten, wenn selbst dadurch jedem einzelnen Haushalt eine Mehrbelastung auferlegt werde.

Der Staatssekretär erklärte, daß vom 1. Juli ab die billigere Margarine in größeren Mengen, die teurere Margarine dagegen nur noch in geringem Umfange auf dem Markt erscheinen werde.

Bei der Verteilung der Fettkarten seien einige Schwierigkeiten aufgetaucht. Gewisse Ungerechtigkeiten würden beseitigt. Nach Möglichkeit solle auch auf den Kinderreichtum Rücksicht genommen werden. Es sei nicht die Absicht der Regierung, den Bauern wohlhabend zu machen. Auch die Landwirtschaft solle in vollem Ausmaß die Not der Allgemeinheit mittragen.

Es solle lediglich ein Preis und ein Lohn für die Landwirtschaft erreicht werden, bei dem sich das Mehrarbeiten noch lohne.

Der Handelsvertrag mit Holland habe die Zustimmung von Landwirtschaft und Industrie gefunden. Die Weltwirtschaftskonferenz in London werde gegen den großen Plan Hugenbergs hoffentlich keine Schwierigkeiten aufstürmen. Als Beweis für die durch die agrarpolitischen Maßnahmen bereits jetzt erreichte Ankurbelung führte der Staatssekretär an, daß in diesem Frühjahr bereits

60 000 jugendliche Arbeiter mehr in der Landwirtschaft eingestellt

worden seien als im vergangenen Frühjahr. Die Landwirtschaftsausstellung habe Kaufaufträge für die Industrie gebracht in einem Ausmaße wie in keinem der letzten Jahre. Die viel verkannte Arbeit Hugenbergs und seiner Wirtschaftsministerien gehe dahin, nach der nationalen Revolution eine völkische Wirtschaftspolitik in allen Konsequenzen durchzuführen.

Hugenberg spricht zum Mittelstand

Berlin, 13. Juni. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg, der zur Zeit in London ist, wird am Montag, dem 26. Juni, in Berlin auf einer Reichsgruppenführertagung des Deutschnationalen Bundes des gewerblichen Mittelstandes zu dem Thema: „Erst der Betrieb — dann die Organisation!" sprechen.

Deutschnationale Reichstagsfraktion an Hugenberg

Berlin, 13. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion, die am Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammentrat, beschäftigte sich mit dem Austritt der drei Reichstagsabgeordneten Dr. Spahn, Dr. Stadtler und Wilhelm Schmidt. In einer einstimmig angenommenen Erklärung verurteilt sie das Verhalten der drei Abgeordneten, die ohne Niederlegung ihres Mandates aus der deutschnationalen Front ausgeschieden seien.

Weiter wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion gedenkt des bevorstehenden Geburtstages ihres Führers Hugenberg (19. Juni), der an diesem Tage in vorderster Front um Deutschlands wirtschaftliche und damit politische Zukunft kämpft. Sie spricht mit ihren Glückwünschen erneut ihr Vertrauen zu seiner Führung aus und bittet ihn, allen Angriffen zum Trotz auf dem Posten zu bleiben, auf den ihn das Schicksal zum Segen des ganzen deutschen Volkes gestellt hat."

Entwurf zur neuen Reichshandwerksordnung

Berlin, 12. Juni. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hatte dem Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Dr. Meusch (Hannover), den Auftrag erteilt, einen Entwurf über die Reichshandwerksordnung vorzulegen.

Der Aufbau der Standesorganisation

vollzieht sich nach dem nunmehr ausgearbeiteten Entwurf, zu dem die Reichsregierung noch in keiner Weise Stellung genommen hat, auf sachlicher Grundlage. Die Berufsgenossen des Handwerks auf der Seite der selbständigen Meister und Betriebe werden in Pflichtinnungen, und die in den Betrieben beschäftigten Gesellen und sonstigen Arbeitnehmer in Pflichtgesellschaften zusammengeschlossen. — Entscheidend ist aber nicht nur die Schaffung dieser beiden auf Pflichtzugehörigkeit der Mitglieder aufgebauten Säulen, sondern die verbindende Gemeinschaftsarbeit in einer Gemeinschaftsvertretung, welche die Bezeichnung „Amt" erhalten soll. Etwaige

Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

hat die Schlichterkammer bei der Handwerkskammer zu entscheiden. Sowohl das Amt als auch die Schlichterkammer werden paritätisch besetzt werden.

Die Innung unterliegt der Aufsicht des Bezirksfachverbandes, in der Beschwerdeinstanz der Handwerkskammer, der Bezirksfachverband unterliegt der Aufsicht des Reichsfachverbandes, in der Beschwerdeinstanz dem Reichsstand des Deutschen Handwerks. Die berufsständische Vertretung obliegt den Handwerkskammern, die für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet (Wirtschaftsprovinz) errichtet werden.

Träger der Handwerkskammern sind die im Wirtschaftsgebiet vorhandenen Bezirksfachverbände und Bezirksgesellschaften.

Auf diesen Organismus baut sich der Reichsstand des Deutschen Handwerks als ständische Spitzenkörperschaft des gesamten deutschen Handwerks auf. Der Reichsstand übernimmt die Verpflichtung gegenüber dem Staat und der Reichsregierung, die volkswirtschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Funktionen des gesamten deutschen Handwerks in den Gesamtrahmen der Wirtschaft und des Staates einzuordnen.

„Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft"

Berlin, 13. Juni. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben sich zusammengeschlossen, um Adolf Hitler einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der der NSDAP. die Durchführung des nationalen Wiederaufbauwerkes ermöglichen soll. Zu diesem Zweck ist die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" ins Leben gerufen, deren Leitung in den Händen eines Kuratoriums aus den beteiligten Wirtschaftszweigen unter dem Vorsitz von Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach steht.

Nationale Flaggen nur aus deutschem Garn

Berlin, 13. Juni. Von verschiedenen Seiten ist beim Reichswirtschaftsminister angeregt worden, dafür zu sorgen, daß für die Anfertigung von nationalen Flaggen nur deutsche Garne Verwendung finden müßten. Der Minister hat daraufhin eine entsprechende Aufforderung an die Fahnenfabriken gerichtet und gebeten, seine Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß bei Bestellungen nationaler Flaggen in erster Linie solche Fabriken bevorzugt werden, die deutsche Garne verwenden.

Bodelschwingh-Kundgebung in Lübeck verboten

Berlin, 13. Juni. Die Kanzlei des Reichsbischofs teilt mit: In Lübeck sollte am kommenden Freitag eine Kundgebung für den Reichsbischof Dr. v. Bodelschwingh stattfinden. Als der Einberufer der Kundgebung, Domprediger Schmidt, beim Polizeisenator eine ausdrückliche Genehmigung einholen wollte, wurde ihm von einem Beamten mitgeteilt, daß die Versammlung durch polizeiliche Verfügung für den angesetzten Termin und für den weiteren Zeitraum einer Woche verboten sei und jede Werbung sofort eingestellt werden müsse. Auf weitere Fragen des Veranstalters wurde erklärt, daß das Verbot wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erfolge.

Marxistische Lügen auf der Arbeitskonferenz

Genf, 13. Juni. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz verlas in öffentlicher Sitzung der Präsident der Konferenz, de Michelis, ein Telegramm des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, aus Berlin, in dem energisch angebliche von ihm vor der deutschen Presse abgegebene Erklärungen dementiert werden. Das „Journal des Nations" hatte von der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme" eine Meldung übernommen, in der eingehende Ausführungen Dr. Leys vor der deutschen Presse wiedergegeben waren, bei denen Dr. Ley schwere Beschimpfungen südamerikanischer Staaten in den Mund gelegt wurden.

In dem Telegramm stellt Dr. Ley ausdrücklich fest, daß diese von dem Genfer Korrespondenten der „Danziger Volksstimme" veröffentlichten Ausführungen nicht den Tatsachen entsprechen, und er selbstverständlich niemals andere Nationen beleidigt habe.

Mit dieser Erklärung ist der Zwischenfall, bei dem es sich offensichtlich um ein neues unverhülltes Manöver der sozialistischen Internationale gegen die deutsche Arbeitervertretung auf der Internationalen Arbeitskonferenz handelt, als erledigt anzusehen.

In der Arbeitergruppe des Ausschusses für die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung kam es zu einem neuen Zwischenfall. Der Vorsitzende der Gruppe, Buisson (Frankreich) behauptete, es handle sich um eine private Sitzung, an der die „der Arbeitergruppe aufgezwungenen Arbeitnehmervertreter Italiens und Deutschlands" nicht teilnehmen dürften.

Während der italienische Vertreter die Sitzung verließ, behauptete der deutsche Vertreter Stöhr seinen Platz,

indem er mit Recht betonte, daß es sich um eine ordentliche, vom Ausschuß einberufene Gruppensitzung handle, von der niemand ausgeschlossen werden dürfe. Der Vorsitzende hob darauf die Sitzung auf. Der italienische Vertreter hat beim Präsidium der Internationalen Arbeitskonferenz Einspruch erhoben und eine Feststellung verlangt, ob der Vorsitzende zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen sei.

Der Genfer Effektivausschuß vertagt sich

Genf, 13. Juni. Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute den Bericht seines technischen Unterausschusses über den militärischen Charakter der Polizei und über die vormilitärische Ausbildung beraten und an den Hauptausschuß weitergeleitet. Der deutsche Vertreter General Schönheinz gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Schlußfolgerungen des Berichtes den ganzen Fragenkomplex derartig zu komplizieren drohen, daß man für die Zukunft neue große Schwierigkeiten befürchten müsse. Die deutsche Delegation halte ihren Standpunkt und ihre Reserven zu den einzelnen Fragen aufrecht und behalte sich das Recht vor, gelegentlich der Verhandlungen in der Generalkommission erneut hierauf zurückzukommen, in der Hoffnung, von höherer Warte aus zu einer gerechten und großzügigen Lösung zu gelangen. — Der Ausschuß vertagte sich dann auf den 27. Juni.

Zuchthausurteile im Thielsch-Prozeß

Berlin, 13. Juni. Nach dreitägiger Verhandlung im Prozeß wegen der Ermordung des SA.-Mannes Thielsch anläßlich des kommunistischen Feuerüberfalls auf das nationalsozialistische Verkehrslokal „Zur Hochburg" im September des Jahres 1931 verkündete der Vorsitzende des Schwurgerichts beim Landgericht I am Dienstag nach dreistündiger Beratung des Gerichts das Urteil:

Der Angeklagte Beilfuß wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Schoel erhielt wegen gemeinschaftlichen Totschlags eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. Die Angeklagten Bohling und Holzer erhielten wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Totschlag je sechs Jahre Zuchthaus. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren aberkannt.

100 Kommunisten verhaftet

Ahlen (Westfalen), 13. Juni. Die Polizei unternahm in den letzten Tagen umfangreiche Aktionen gegen die Kommunisten. Insgesamt wurden 100 Kommunisten verhaftet und zahlreiches Zersetzungsmaterial beschlagnahmt. 81 Schußwaffen, 1000 Schuß Gewehr- und Pistolenmunition, 24 Sprengkapseln, ein Abziehapparat, eine Schreibmaschine und rund 13 Zentner Druckschriften und Broschüren wurden sichergestellt. Die Festgenommenen wurden verschiedenen Konzentrationslagern zugeteilt.

Ausschluß der Geflüchteten aus der SPD?

Berlin, 13. Juni. Die nunmehr bestätigte Meldung, daß die Parteiführer der SPD., Wels und Vogel, in Gemeinschaft mit Breitscheid und Stampfer, in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich „Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei" nennt und das bei der Zweiten Internationale als solche angemeldet worden ist, hat die in Deutschland verbliebenen Führer der SPD. in große Schwierigkeiten gebracht. Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion der SPD. haben sich scharf dagegen verwahrt, daß eine Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei im Auslande entstände. Es ist, nachdem nunmehr trotzdem ein solcher Schritt erfolgt ist, große Stimmung dafür vorhanden, Wels, Breitscheid, Stampfer und Vogel aus der SPD. auszuschließen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit dem Sitz in Berlin, würde dann vermutlich der ehemalige Reichstagspräsident Löbe übernehmen, der in Deutschland geblieben ist und bereits seit geraumer Zeit die Geschäfte der Partei führt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts" als Wochenblatt in Prag überhaupt berechtigt ist, da der „Vorwärts" Eigentum der SPD. ist und die deutschen Sozialdemokraten nicht daran denken, das Verlagsrecht herauszugeben. Sie erstreben vielmehr, wie aus ihren Kreisen verlautet, die Erlaubnis, den „Vorwärts" wieder erscheinen lassen zu dürfen, so daß dann vielleicht das Bild entstände, daß der „Vorwärts" sowohl in Berlin wie in Prag erscheint.

Strafanzeige gegen Mulert

Berlin, 13. Juni. Bei der Staatsanwaltschaft ist vom neuen Präsidium des Deutschen Städtetages Strafanzeige gegen den früheren Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, erstattet worden. Mulert wird Untreue bzw. Betrug zum Nachteil des Deutschen Städtetages vorgeworfen.

Eine deutschnationale Rednerin verhaftet

Essen, 14. Juni. Wie die „National-Zeitung" meldet, wurde am Dienstagabend die deutschnationale Rednerin Fräulein Stubenrauch aus einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Kupferdreh heraus wegen schwerer Beleidigung der Reichsregierung von der Polizei verhaftet.